

Rumänien

ANNELI UTE GABANYI

Während das erste Regierungsjahr der im November 2000 gewählten Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Adrian Nastase von innenpolitischen Krisen weitgehend verschont blieb, bestimmte die Außenpolitik- und Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 erwartungsgemäß die offizielle Agenda. Mit den Terrorangriffen auf das World Trade Center vom 11. September 2001 und der – auf den „Krieg gegen den Terror“ verengten – neuen Weltsicht der USA wuchs deren Unterstützung für eine „robuste“ Erweiterungslösung unter Einschluss von sieben Kandidatenstaaten – einschließlich Rumänien. Wenige Monate vor dem für November 2002 geplanten Gipfeltreffen der NATO in Prag kann Rumänien damit rechnen, zum Beitritt in das transatlantische Verteidigungsbündnis eingeladen zu werden.

Eine große Bedeutung kam der zum 1. Januar 2001 erfolgten Aufhebung der Visapflicht für Reisen rumänischer Bürger in den Schengen-Raum zu. Vorangegangen war eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen mit dem Ziel, strengere Strafen für Menschenhandel und für Vergehen, die von Rumänen im Ausland verübt wurden, einzuführen. Zum Jahresbeginn 2002 wurden neue, weitgehend fälschungssichere Reisepässe eingeführt. Mit materieller und personeller Unterstützung der EU sowie einzelner Mitgliedstaaten, nicht zuletzt auch der Bundesrepublik Deutschland, wurde die Sicherung der Grenzen, insbesondere zur Republik Moldau und zur Ukraine, vorangetrieben. Noch vor dem Inkrafttreten der neuen Regelung war 14.000 Rumänen, die im Ausland straffällig geworden waren, der Reisepass entzogen worden. Seither konnte die illegale Migration aus und über Rumänien erheblich eingedämmt werden. Im Januar 2002 verweigerte die Grenzpolizei 22.626 Rumänen die Ausreise wegen Nichterfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen, während im selben Zeitraum nur 341 rumänischen Bürgern die Einreise in den Schengen-Raum verwehrt wurde.¹ In den drei ersten Monaten des Jahres 2002 erhöhte sich die Zahl derjenigen, denen die Einreise nach Rumänien nicht gestattet wurde, um 28%, die Zahl derer, denen die Ausreise aus Rumänien verweigert wurde, um 14%.²

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission

In ihrem Fortschrittsbericht für das Jahr 2001 attestierte die Europäische Kommission Rumänien nicht nur die fortlaufende Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, sondern bemerkenswerte Fortschritte bei der Konsolidierung der demokratischen Institutionen. Die Regierungsarbeit sei effizienter geworden, ohne dass jedoch die

traditionelle Schwäche der Verwaltung behoben oder die Korruption definitiv besiegt worden seien. Erhebliche Verbesserungen erblickten die Autoren des Berichts auf dem Gebiet der Menschen- und Minderheitenrechte. Hervorgehoben wurden insbesondere die Reform bezüglich der Behandlung der Heimkinder, die Reform des Strafrechts, der Restitutionsgesetze, und des Gebrauchs der Minderheitensprachen. Auf all diesen Gebieten bestünde jedoch zum Teil ein erheblicher Umsetzungsbedarf der verabschiedeten Gesetze.

Im Bereich der Wirtschaft kritisierte die Kommission die ungenügende Reformdynamik, die überhöhte Inflationsrate und das wachsende Staatsdefizit. Zwar befindet sich Rumänien auf dem Weg zur Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft, sei aber, und dies machte der Bericht unmißverständlich klar, nicht imstande, mittelfristig dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten.

Wirtschaftliche und soziale Indikatoren

In der Tat setzte sich im Jahre 2001 der bereits 2000 eingeleitete Wachstumstrend der rumänischen Wirtschaft fort.³ Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 5,3%, eine Folge der um 6,6% höheren Investitionen, einer um 21,2% gestiegenen landwirtschaftlichen Produktion und der Zunahme des privaten Verbrauchs um 6,4%.⁴ Die Inflation konnte um mehr als zehn Prozentpunkte auf 30,3% abgesenkt werden. Rumänien hat sich verpflichtet, seine Währung, den Leu, bis spätestens Ende 2004 an die europäische Gemeinschaftswährung Euro zu binden.⁵ Seine Umbenennung wird voraussichtlich 2003 erfolgen.

Da das Steueraufkommen hinter den im Haushalt festgelegten Zieldaten zurückblieb, lag das Haushaltsdefizit bei 3,3%. Die rumänischen Exporte konnten um 10,6% gesteigert werden, die Importe nahmen um 17,5% zu. Entsprechend hoch lagen auch das Handelsbilanzdefizit mit 7,5% und das Leistungsbilanzdefizit mit 5,9%. Im Jahre 2001 gingen 67,8% der rumänischen Ausfuhren in die Staaten der EU, 57,3% seiner Einfuhren stammten aus dem EU-Raum. Die Kapitalrückflüsse der im Ausland beschäftigten Rumänen beliefen sich auf rund 1 Mrd. US-Dollar. Mit 29,8% ist der Anteil der Auslandsschulden Rumäniens am Bruttoinlandsprodukt vergleichsweise niedrig.

Die Erhöhung des Lebensstandards um 3% und die Zunahme des privaten Konsums können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die soziale Lage in Rumänien längst nicht entspannt hat. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der – im Zuge der EU-Integration vorgenommenen – Anpassung der rumänischen Energiepreise an den europäischen Durchschnitt. In ihrem Jahresbericht für das Jahr 2001 stufte die von der Regierung eingesetzte Kommission für Armutsbekämpfung 6,6 Mill. der (insgesamt rund 22,4 Mill.) Bewohner Rumäniens als arm ein, davon leben 2,6 Mill. in „extremer“ Armut. Infolge der Energieverteuerung können 38,2% der Haushalte im städtischen und 21,1% der Haushalte im ländlichen Bereich mit ihrem Einkommen nur noch für die Nebenkosten ihrer Wohnungen und Nahrungsmittel aufkommen. Hier muss der Staat den sozial Schwachen – vor allem den Rentnern und kinderreichen Familien – mit Umschuldungen und Beihilfen aus dem Staats-

haushalt zur Hilfe kommen.⁶ Dies führte wiederum zu Differenzen mit dem IWF, der die Freigabe der zweiten Tranche eines zugesagten Beistandskredits u.a. an die Einhaltung einer vereinbarten Defizit-Obergrenze von 3% gebunden hatte.

Die Regierung stand auch bei den vom IWF geforderten Entlassungen aus dem Bereich der staatlichen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe unter Druck.⁷ Im Jahresdurchschnitt 2001 lag die Arbeitslosenquote nur bei 8,6%. Ein neues, zum Jahresbeginn 2002 erlassenes Gesetz über das garantierte Mindesteinkommen und die damit verbundenen neuen Registrierungsvorschriften für Arbeitslose ließen die Zahl der Arbeitslosen in den ersten Monaten des laufenden Jahres in die Höhe schnellen. Bereits im Februar 2002 lag die Arbeitslosenrate bei 13,2%.⁸

Obwohl 2001 die Privatisierung des Stahlwerks Sidex in Galati und der Rumänischen Landwirtschaftsbank gelangen, liegt Rumänien mit einem Anteil der privatisierten staatlichen Betriebe von rund 35% weit hinter den restlichen Beitrittsländern. Um den Prozess zu beschleunigen, will die Regierung den 2002 zur Privatisierung anstehenden Betrieben, alte Steuerschulden erlassen. Mit der Gründung einer neuen Agentur für Auslandsinvestitionen (*Agentia Romana pentru Investitii Straine*, ARIS) hofft die Regierung, den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen zu entbürokratisieren und zu beschleunigen. Die ausländischen Direktinvestitionen erhöhten sich im abgelaufenen Jahr 2001 um knapp 1,37 auf insgesamt 7,9 Mrd. US-Dollar.⁹ Mit 52 US-Dollar pro Kopf liegt Rumänien damit weit abgeschlagen hinter Tschechien (468 US-Dollar), der Slowakei (278 US-Dollar) und sogar Bulgarien (79 US-Dollar).¹⁰

Stand der Beitrittsverhandlungen

Auf der Grundlage des beim Europäischen Rat in Nizza im Dezember 2000 verabschiedeten Fahrplans konnte die rumänische Regierung die Beitrittsverhandlungen mit der EU beschleunigen. Anfang Juli 2002 hatte Rumänien 26 Verhandlungskapitel geöffnet und 12 davon vorläufig geschlossen. Es ist das Ziel der Regierung, bis zum Jahresende 2002 alle noch offenen Kapitel – darunter so schwierige wie Landwirtschaft, Industriepolitik oder Finanz- und Haushaltsfragen – zu öffnen. Das rumänische Europäische Institut hatte im Februar 2002 62.000 Seiten des *acquis communautaire* übersetzt.

Rumänien hatte sich bereits früh einseitig auf das Jahr 2007 als angestrebtes Beitrittsdatum zur EU festgelegt und ließ sich auch durch die im November 2001 geäußerten Überlegungen des damaligen französischen Außenministers Hubert Védrine, Rumänien und Bulgarien durch den für diese Staaten von der EU vorgesehenen späteren Beitrittstermin nicht zu diskriminieren, nicht davon abbringen. Wichtig sind aus rumänischer Sicht nicht die nach dem Muster „10+2“ gestaffelten Beitrittstermine, sondern die Versicherung, dass auf dem Kopenhagener EU-Gipfel im Dezember 2002 die Zeitpläne für alle 12 Beitrittsstaaten erstellt werden.¹¹

Allerdings modifizierte die Regierung ihren Fahrplan: Bis Ende 2003 oder Anfang 2004 will man die Verhandlungen mit der EU abgeschlossen haben, um danach an den Europawahlen im Sommer 2004 teilnehmen zu können. Rumänische

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Europaparlamentarier könnten dann – zunächst allerdings nur als Beobachter – an den Sitzungen des Europäischen Parlaments teilnehmen und mit dem Beitritt 2007 volles Stimmrecht erhalten. Dahinter steht der Wunsch, sicherzustellen, dass der rumänische Beitrittsvertrag nur den Parlamenten der aktuellen 15 EU-Mitglieder („mit denen man die Verhandlungen geführt habe“) und nicht denen von (dann) 25 Mitgliedstaaten zugeleitet wird.¹² Um seine ehrgeizige Beitrittsstrategie umsetzen zu können, will Rumänien auf dem Kopenhagener Gipfel einen neuen Beitrittsfahrplan und zusätzliche finanzielle und andere Unterstützung, die Rumänien und Bulgarien auf dem Treffen des Europäischen Rats in Göteborg zugesagt worden waren, einfordern. In diesem Zusammenhang verweist Rumänien auch darauf, dass der Europäische Rat auf seinem Treffen im Dezember 1999 in Berlin beschlossen hat, die Mittel, die durch den Beitritt einer Gruppe von Staaten vom Juni 2004 freierwerden, den verbleibenden Beitrittsländern neu zuzuweisen.¹³

Die Zustimmung zum EU-Beitritt ist in Rumänien gleichbleibend hoch.¹⁴ 80% aller Rumänen – mehr als die Bewohner jedes anderen Beitrittsstaats – unterstützen den EU-Beitritt ihres Landes, 85% würden bei einem Referendum für einen Beitritt stimmen. Während das Image der EU in Rumänien – wie auch in Bulgarien – mit 70% gut oder sehr gut ist, liegt Rumänien hinsichtlich des Vertrauens seiner Bürger in die EU praktisch gleichauf mit Ungarn und weit vor Bulgarien:

Europäisches Parlament		Europäische Kommission	
Ungarn	56%	Ungarn	46%
Rumänien	55%	Rumänien	46%
Bulgarien	45%	Bulgarien	37%

Beim Informationsstand seiner Bürger über die europäischen Institutionen liegt Rumänien vor Ungarn sowie weit vor Bulgarien auf dem ersten Platz:

Europäisches Parlament		Europäische Kommission	
Rumänien	75%	Rumänien	63%
Ungarn	71%	Ungarn	57%
Bulgarien	63%	Bulgarien	49%

Anmerkungen

1. Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 26.1.2002.
2. Government of Romania, the Ministry of European Integration, Information Note, 23.4. 2002.
3. European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs: Enlargement Papers, S. 36-38; auch unter: http://europa.eu.int/economy_finance.
4. Konjunkturelles Strohfeuer in Rumänien, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.3.2002.
5. Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 13.11.2001.
6. Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 22.5.2002.
7. Rumäniens Wirtschaftsgang verliert Schwung, in: Neue Zürcher Zeitung, 3.7.2002.
8. Arbeitslosenrate steigt weiter auf 13,2%, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 26.3.2002.
9. Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 24.6.2002.
10. Tiroler Tageszeitung, 20.5.2002.
11. Schuller, Konrad: Rumänien will klaren Zeitplan, in: FAZ, 6.6.2002.
12. Uniting Europe, Nr. 189, 3.6.2002.
13. Europäisches Parlament: Bericht über den Stand der Beitrittsverhandlungen, 24.5.2002, S. 61.
14. Applicant Countries Eurobarometer 2001. Public Opinion in the Countries Applying for European Union Membership. Results Summary, December 2001. Siehe auch: http://europa.eu.int/comm/public_opinion.